

Impfstoff: Forschung, Priorisierung, Transparenz

Berlin (pag) – Um die Impfstoffentwicklung zu beschleunigen, stellt die Bundesregierung bis zu 750 Millionen Euro zur Verfügung. Damit sollen Studien- und Herstellungskapazitäten erweitert bzw. gesichert werden. Wissenschaftler mahnen, dass dabei die Transparenz nicht auf der Strecke bleiben darf. Auch an Priorisierungskonzepten wird mittlerweile gearbeitet: Wer soll zuerst geimpft werden, lautet die spannende Frage.

Es sei nicht damit zu rechnen, dass unmittelbar ausreichend Impfstoff für die gesamte Bevölkerung zur Verfügung stehe, schreibt die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Anfrage der AfD-Fraktion. Daher werde es erforderlich sein, Bevölkerungsgruppen zu definieren, die von einer Impfung besonders profitieren würden, etwa vulnerable Personen oder medizinisches Personal. Die Ständige Impfkommission beim Robert-Koch-Institut sei beauftragt worden, ein „risikoorientiertes Priorisierungskonzept“ zu entwickeln.



© iStock.com, MicroStockHub

Regierung will kein Bremsklotz sein

Unterdessen drückt Anja Karliczek bei der Entwicklung der Vakzine auf die Tube: „Wo wir beschleunigen können, wollen wir beschleunigen“, sagt die

Bundesforschungsministerin bei der Vorstellung des „Sonderprogramms Impfstoffentwicklung und -herstellung“. Mehr Tempo bei der Erforschung eines Corona-Impfstoffes bedeutet: Die verschiedenen Phasen der klinischen Studien werden teilweise nicht wie bisher nacheinander durchgeführt, sondern gekoppelt. Dadurch wird der erfolgversprechende Impfstoffkandidat schneller an vielen Freiwilligen getestet, wovon sich die Forscher wichtige Erkenntnisse erhoffen. Die Regierung will kein Bremsklotz sein. „Wir wollen größere Probandenzahlen ermöglichen“, sagt Karliczek. Früher als gewöhnlich sollen beispielsweise Gesundheitspersonal oder Risikogruppen in die Studien eingeschlossen werden – „natürlich auf freiwilliger Basis“, wie die Ministerin betont.

Angesichts der beschleunigten Zulassungsverfahren fordern Wissenschaftler des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen und der Cochrane Collaboration, dass alle klinischen Studienberichte zu Covid-19-Arzneimitteln und -Impfstoffen mit dem Tag der Marktzulassung veröffentlicht werden. In einem Brief an die Europäische Arzneimittelagentur heißt es, dass rasche und vollständige Verfügbarkeit der Informationen wichtig sei, „um diese Präparate weiter zu bewerten und die Entwicklung weiterer Wirkstoffe zu beschleunigen“.

Für die Impfstoffentwicklung und Herstellung stellt der Bund mit dem Sonderprogramm 750 Millionen Euro zur Verfügung. Bis zu 500 Millionen Euro aus dem Haushalt können von Entwicklern für die Ausweitung der Studienkapazitäten abgerufen werden. Der Rest ist für die Schaffung der dafür nötigen Herstellungskapazitäten reserviert. Mit dem Geld können etwa Ausgangsmaterialien für die Impfstoffe rechtzeitig beschafft oder Abfüll-Verträge mit Dienstleistern frühzeitig geschlossen werden. Laut Karliczek ergänzt das nationale Sonderprogramm die internationalen Anstrengungen Deutschlands bei der Entwicklung eines Impfstoffes. Auf der sogenannten Geberkonferenz der EU Anfang April hat die Bundesregierung zugesagt, 525 Millionen Euro bereitzustellen.

Weiterführender Link

[Die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der AfD:
https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/190/1919097.pdf](https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/190/1919097.pdf)